

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post bezogen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Jahrespreis 22.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtsige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 48.

Sonnabend, den 26. Februar 1916.

23. Jahrg.

Staatsmonopole oder neue Steuern?

Die enorme Schuldenlast, die der Krieg dem Deutschen Reich aufbürdet — eine Summe, deren Verzinsung allein in Zukunft alljährlich mehrere Milliarden Mark erfordern wird und zu der überdies die Entschädigung der Kriegsverletzten und der Hinterbliebenen, die Wiedererziehung und Ergänzung der verbrauchten Kriegsmaterialien um, hinzukommen, zwingt die Reichsregierung in jedem Fall, mag der Kriesenkampf enden, wie er will, sich nach Friedensschluss neue ergiebige Einnahmequellen zu verschaffen. Anzunehmen, diese Riesensummen könnten vielleicht durch Kriegsentwädigungen oder neue Steuern aufgebracht werden, heißt sich über die Erschöpfung, die der Krieg bei allen kriegführenden Staaten ohne Ausnahme hinterlassen wird, und über die Möglichkeit einer Herauspressung neuer großer Steuerummen durch weiteres Anziehen der Steuerstränge gründlich täuschen, zumal nicht nur das Reich, sondern auch die einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden sich genötigt sehen werden, zur Deckung ihrer gestiegenen Ausgaben zu greifen. Es ist ganz undenkbar, die enormen Beträge, um die es sich aller Voraussicht nach handeln wird, durch indirekte Steuern, wie z. B. neue Verbrauchssteuern und Zölle, oder durch direkte Steuern, wie z. B. durch eine Reichseinkommens- und Reichsvermögenssteuer, zu decken. Wögen sich auch im einzelnen noch beträchtliche Summen herausheben lassen, so werden sich doch bald überall Belastungsgrenzen ergeben, die unter den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie nach dem Kriege voranden sein werden, unter keinen Bedingungen überschritten werden dürfen, wenn nicht der ökonomische Wiedereinrichtungszweck und die Weiterentwicklung gehemmt oder in unerträglich Weise verzögert werden sollen. Eine Neueinführung oder Erhöhung direkter Steuern bis zu jener Grenze, daß dadurch der Profit stark unterbunden und eine freie neue Kapitalanhäufung, also auch die Gründung neuer kapitalistischer Betriebsunternehmungen gehemmt wird, liegt überdies nicht nur nicht im Interesse des Kapitalismus, sondern auch der Arbeiter, denn sie bedeutet wirtschaftliche Stagnation und Brachlegung zahlreicher Arbeitskräfte. Die Aufgabe einer zweckmäßigen Wirtschafts- und Steuerpolitik nach dem Kriege muß vielmehr in erster Linie darin bestehen, das heute teilweise brachliegende Wirtschaftsleben wieder flott zu machen, die industrielle Arbeitslosigkeit zu fördern, damit die aus dem Kriege Zurückgekehrten nutzbringende Beschäftigung zu angemessenen Löhnen finden.

Wenn aber einerseits eine Vermehrung der Reichseinkommen sich als unumgänglich erweist, andererseits die Einkommen aus Steuern allein nicht beschafft werden können, so bleibt nur übrig, andere Einnahmequellen zu erschließen, und als solche Quelle ergibt sich vor allem die Einführung von staatlichen Betriebs- und Handelsmonopolen, die Verstaatlichung bestimmter Industriezweige. Daraus folgt, daß die Wiederholung der allbekannten, auch heute wieder von einigen Blättern aus der Argumenten-Kumpelkammer hervorgehobenen Fragen ganz zwecklos ist, wie zum Beispiel: „Ist jede solche Verstaatlichung schon im allgemeinen (d. h. unter gewissen als „allgemein“ unterstellten Verhältnissen, die mit der gegebenen recht wenig zu tun haben) an sich als Fortschritt zum Sozialismus gelten, oder kann nicht vielmehr der Staat nur an die Stelle des kapitalistischen Privatunternehmers treten wollen?“ oder die noch tiefergründigere Frage: „Gehört die Verstaatlichung im Interesse der Gesamtheit oder Allgemeinheit (was unter dem vagen Begriff „Allgemeinheit“ zu verstehen ist, wird gewöhnlich nicht gesagt), oder geschieht sie im fiskalischen Interesse?“ Und nachdem dann der so fragende je nach seiner Meinung herausgefunden hat, daß die Einführung eines Staatsmonopols ausschließlich oder vorwiegend im sogenannten „Gemeininteresse“ oder nur im fiskalischen Interesse liegt, wird darauf gewichtig die Entscheidung so oder so gefällt.

Das ist gewiß ein leicht zu handhabendes Schema, das aber den Fehler hat, daß es, da es die gegebenen Verhältnisse und Zwecke ganz unberücksichtigt läßt und mit einem konstruierten einfachen „Entweder — Oder“ operiert, für den besonderen Fall gar nicht paßt. Auf den jetzigen Fall sicher nicht. Denn es handelt sich hier gar nicht um sogenannte allgemeine Verhältnisse, sondern um bestimmte Wirtschafts- und Steuerverhältnisse nach dem Kriege, und zweitens ist von vornherein klar, daß der Staat resp. die Regierung, wenn sie in dieser gegebenen Lage dem Reichstag Monopolenentwürfe vorlegen, sie diese nicht als Mittel des Fortschritts zum Sozialismus oder im Interesse irgendeiner unbestimmten Allgemeinheit verlangen, sondern um sich die nötigen Geldmittel zu beschaffen, also unzweifelhaft im sogenannten fiskalischen Interesse.

Es ist auch ganz sicher, daß wenn der heutige Staat ein Monopol einführt, er es nicht tut, um den bisher von den Privatunternehmern eingeflossenen Mehrwert, richtiger Profit (denn gewöhnlich handelt es sich gar nicht um den ganzen Mehrwert, sondern nur um bestimmte Profite oder Profitanteile) nun den in seinen Monopolbetrieben beschäf-

tigten Arbeitern oder Angestellten zuzuführen, sondern um mit dem erzielten Gewinn Staatsausgaben zu decken. Es kann also demnach auch gar nicht bezweifelt werden, daß der Staat, der Monopole betreibt, ebenso ein Mehrwert- oder Profitaneigner ist, wie der Privatunternehmer — nur noch in größerem Maßstabe.

Über daraus, daß dem so ist, folgt noch keineswegs, daß ein Staatsmonopol (wenn auch vielleicht nicht im Interesse der „Allgemeinheit“, denn diese sogenannte Allgemeinheit besteht im heutigen Staat nur mal aus Bevölkerungsschichten und Klassen, mit verschiedenen Interessen) nicht doch im Interesse bestimmter Schichten liegen kann, auch der Arbeiterschaft — und zwar nicht „an sich“, sondern im Vergleich zu andern Arten der staatlichen Einnahmehbeschaffung, also im Vergleich zur Vermehrung bestimmter Steuern, Zölle, Abgaben usw.

Es läuft geradezu auf eine Rawität hinaus, vom heutigen Staat, mag er nun monarchistisch oder republikanisch, konservativ oder demokratisch sein, zu verlangen, er solle nicht mit der Einführung von Monopolen den Zweck der Anziehung von Unternehmerprofiten oder fiskalische Zwecke verfolgen; denn gerade deshalb wird ja das Monopol eingeführt. Sicherlich, der Staat soll nicht nur fiskalische Zwecke verfolgen, also nicht unter Außerachtlassung aller kulturellen, sozialpolitischen, hygienischen Ziele nur danach trachten, möglichst hohen Gewinn aus seinen Monopolen herauszuholen; aber das Anzinnen zu stellen, er solle sich überhaupt keine fiskalischen Zwecke setzen, ist sinnlos, denn gerade solcher Zwecke wegen erfolgt heute die Einführung von Staatsmonopolen. Es soll durch sie der Profit, den bisher Fabrikanten, Großhändler, Kleinhandwerker, dem Staat zur Deckung seiner Ausgaben zugeführt, ihm dadurch Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sonst auf einem anderen Wege heranzuschaffen werden müßten. Deshalb ist es auch ganz unrichtig, einen Gegensatz zwischen Gesamt- und Allgemeininteressen und fiskalischen Interessen zu konstruieren, und dann daraus zu folgern: da das Monopol nicht diesem sogenannten Gesamtinteresse dient, so müssen wir es ablehnen. Nach demselben Rezept könnte man auch die Frage stellen: „Dienen die Steuern dem Gesamtinteresse oder dem fiskalischen Interesse?“ — und dann, nachdem man ihren fiskalischen Zweck bargetan hat, kurzschließen, daß Steuern überhaupt abzulehnen sind.

So liegt die Frage gar nicht. Sie lautet: Was liegt mehr im Interesse der Arbeiterschaft (nicht irgend einer vagen Allgemeinheit, denn wir sind eine Arbeiterpartei, die insbesondere die Arbeiterinteressen zu vertreten hat): die Einführung neuer Steuern und Abgaben bestimmter Art oder aber die Einführung eines bestimmten Monopols, durch das die Profite, die bisher eine Anzahl größerer oder kleiner Kapitalisten einbrachten, künftig in die Reichskasse geleitet werden? Es handelt sich eben einfach um eine Wahl — in welchem Sinne kann man von einer Wahl sprechen — zwischen verschiedenen durch die Gesamtlage gegebenen Alternativen, und da kommt für die sozialdemokratische Partei in allererster Reihe in Betracht, was für die Arbeiterschaft verhältnismäßig am vorteilhaftesten ist.

Damit ist schon gesagt, daß es für unsere Partei eine für alle Fälle gültige sogenannte prinzipielle Entscheidung für oder gegen Staatsmonopole gar nicht gibt! Es kommt auf die Umstände an: auf die jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und vor allem auf die Art des geforderten Monopols. Selbst wenn als sicher erscheint, daß die Einführung eines bestimmten Staatsmonopols eine Preiserhöhung gewisser Gebrauchsgüter zur Folge hat, also das Monopol in gleicher Weise wirken wird, wie eine von diesen Artikeln erhobene Verbrauchssteuer, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß ein solches Monopol unter allen Umständen abgelehnt werden muß. Das Interesse der Arbeiterschaft kann vielmehr erfordern, es auch in solchen Fällen anzunehmen — nämlich dann, wenn z. B. infolge des Bestehens privater Monopole die Preise der betreffenden Artikel ohnehin steigen dürften, oder wenn die Folge der Ablehnung des Monopols die Einführung von Steuern sein würde, die die Lebenshaltung des Arbeiters noch weit härter treffen, oder wenn die Preissteigerung reichlich aufgewogen wird, durch eine Besserstellung der in den betreffenden staatlichen Monopolbetrieben beschäftigten Arbeiter, durch günstigere Arbeitsverhältnisse, geregelte Beschäftigung, Vermeidung häufiger Krisen usw.

Welche verschiedenartigen Fragen dabei in Betracht kommen, soll in einem zweiten Artikel näher dargelegt werden.

Die Kriegssteuervorlage.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom Freitag abend den Entwurf eines Kriegssteuergesetzes mit der dazu gehörigen Begründung. Einleitend weist das offizielle Blatt darauf hin, daß über die

grundsätzliche Berechtigung der Besteuerung der Kriegsgewinne keine Meinungsverschiedenheit besteht. Schwierigkeiten ergaben sich nur, um die richtige Mittellinie bei der Ausgestaltung der Steuer zu finden. Es mußte berücksichtigt werden, daß die Kapitalbildung ein notwendiges Stück des Durchhaltens, des Wiederaufbaues und der Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft ist. Unsere Feinde haben als Kriegsziel gesetzt, die wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes zu vernichten. Es wäre deshalb falsch, den Unternehmungsgeist und die Arbeitsfreude des deutschen Mannes, des deutschen Industriellen, des deutschen Landwirts durch allzu scharfe Steuermahnahmen zu unterbinden.

Neben der Kriegsgewinnsteuer beabsichtigt die Reichsregierung dem Reichstag in seiner nächsten Tagung eine Reihe von Steuergesetzentwürfen vorzulegen, die insgesamt etwa 500 Millionen Mark erbringen sollen, nämlich:

1. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung der Tabakabgaben.
2. Entwurf eines Quittungs-Stempelgesetzes.
3. Entwurf eines Gesetzes über eine mit den Postgebühren zu erhebende Reichsabgabe.
4. Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Frachtführer-Stempel und seine Ausdehnung auf Stückgüter.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt dazu, daß diese Steuerentwürfe nicht eine Lösung der Frage der Deckung der gesamten aus dem Kriege sich ergebenden Belastung bedeuten; diese Aufgabe wird nach Beendigung des Krieges zu lösen sein. Die neuen Einnahmen dienen nur dazu, die geordnete Wirtschaftsführung zu ermöglichen.

Eine weitere direkte Besteuerung neben der Kriegsgewinnsteuer werden aus. Bereits jetzt haben Einzelstaaten und Kommunen die direkten Steuern stark in Anspruch genommen und es läßt sich nicht übersehen, bis zu welcher Höhe dies im weiteren Verlaufe noch geschehen muß. Deshalb ergibt sich für das Reich die Notwendigkeit, auf dem Gebiete der indirekten Besteuerung die Erschließung weiterer Einnahmen zu suchen. Mit möglichst einfachen Mitteln muß ein möglichst hoher Ertrag erreicht werden.

Es wird dann darauf hingewiesen, daß die Belastung mit Tabakabgaben im Jahre 1915 auf den Kopf der Bevölkerung betrug:

in Deutschland	2,73 Mk.
in England	6,28 Mk.
in Frankreich	7,68 Mk.

Die Verhandlungen mit den Vertretern des Tabakwerbes sollen ergeben haben, daß eine höhere Belastung erträglich ist, denn der Tabak ist ein entbehrliches Genussmittel, so daß mit seiner Besteuerung eine Belastung des Haushalts nicht verbunden zu sein braucht. Die Vorlage sieht angeblich eine verhältnismäßig niedrige Belastung für den Massenverbrauch an billigen Tabakfabrikaten, eine wesentlich stärkere Belastung für den Luxuskonsum vor. Der im Inland gewonnene Tabak soll zugunsten des ausländischen Tabaks begünstigt werden. Zigaretten sollen mit einem Kriegsaufschlag belastet werden.

Die Einführung eines Quittungsstempels ist nur dadurch möglich, daß ein Quittungszwang eingeführt wird, wobei die Zahlungen von geringeren Beträgen und zu bestimmten Zwecken von der Steuer befreit sein sollen. Mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes soll der Stempel in Wegfall kommen, da die auf diese Weise geleisteten Zahlungen künftig durch den Quittungsstempel zur Steuer herangezogen werden.

Eine ansehnliche Einnahmesteigerung ist erzielt werden durch eine stärkere Heranziehung des Post-, Telegraphen- und Telephonverkehrs. Doch sollen nur leistungsfähige Schültern in hohem Maße dadurch belastet werden. Damit im Zusammenhang steht die Einführung eines Stempels auf Frachtkunden von Stückgütern auf Eisenbahnen und Schiffen im engen Zusammenhange. Dagegen wird eine Erhöhung des bestehenden Frachtkundenstempels eintreten. Man will verhindern, daß der Post-Paketverkehr auf die Eisenbahnen abwandert.

Schließlich wird noch folgendes bemerkt: Die neuen Steuern sind Kriegsteuern, nichts mehr und nichts weniger. Sie sollen den Forderungen der Staatsgenügen und der künftigen Neuordnung der Reichsfinanzen nicht vorgreifen. Was davon später zu befeitigen und zu ändern, was beizubehalten und in die künftige Finanzgestaltung des Reichs einzuordnen sein wird, ist spätere Sorge für den Augenblick handelt es sich darum, die arbeitsfähige Volkswirtschaft des Reichs auch während des Krieges am Gange zu halten. Es ist ein Kriegserfordernis, das uns auf jeder Seite Boden gewinnt bietet.

Waffen des Aufstiegs. Der Wiederaufbau der Internationale. Außerdem ist die Genossin Maria Jettin wegen des Aufstiegs für den Frieden unter Anklage gestellt. Genosse Pfeiffer-Düfelhorst soll sich als Geschäftsführer der Druerei durch die Mitwirkung an der Herausgabe strafbar gemacht haben. Gegen den zum Militär eingezogenen Genossen Berlin ist das Verfahren vorläufig ausgesetzt. Die Angeklagten werden der Verletzung der §§. 110, 111 (Aufreizung zum Ungehörigwerden gegen die Gehege und die Begehung strafbarer Handlungen), §. 130 (Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander), des Strafgesetzbuches und des §. 9c und d des Gesetzes über den Belagerungszustand (Aufforderung zu tätlicher Widerstandlichkeit und Aufforderung zu Vergehen gegen die militärische Macht) beschuldigt. Die Verteidigung der Genossinnen Euphemie und Jettin und des Genossen Wehring führt Rechtsanwalt Dr. Weinberg-Berlin, diejenige des Genossen Pfeiffer Rechtsanwalt Obuch-Düfelhorst.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum 1. Vorsitzenden des Kupfersticherverbandes wurde der bisherige 2. Vorsitzende W. Hecht einstimmig gewählt. Als 2. Vorsitzender und Agitationsleiter vereinigten Paul Kabe (Dresden) die meisten Stimmen auf sich. Eine Konferenz der Bezirksleiter in Berlin beschloß diese Wahlen und beschäftigte sich mit der Frage, wie der vor und nach dem Friedensschluß zu

erwartenden großen Arbeitslosigkeit zu begegnen sei. Entsprachende vorliegende Beschlüsse wurden gefaßt. Die vom Verband auf Grund von Gratreitragern seit Kriegsausbruch gefaßte Familienunterstützung wurde vom 1. März 1916 ab auf 5 Mk. für die Frau, auf 1 Mk. für jedes Kind pro Monat herabgesetzt, jedoch soll für die später Eingezogenen in den ersten fünf Monaten der höhere Satz von 9 Mk. beim 2. Mk. bestehen bleiben. Die Verbandsangehörigen erhalten eine Teuerungszulage, rückwirkend vom 1. Oktober 1915.

Kommunales.

Erhöhung der Schweinefleischpreise in Berlin. Der Berliner Magistrat hat dem Drängen und der teilweise geübten passiven Resistenz der Fleischermeister Rechnung getragen und die Schweinefleischpreise zum Teil ganz erheblich erhöht. Bisher betrug der Preis für frisches Schweinefleisch 140 Mk. pro Pfund. Diese Preise sind jetzt erhöht worden auf 150 bis 240 Mk., je nach der Gattung des Fleisches. Den Fleischern ist aber vorgeschrieben worden, welche Teile des Schweines sie zu Wurst weiterarbeiten dürfen. Die Fleischermeister werden sich natürlich schleunigst daran machen, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um eine baldige abermalige Erhöhung der Preise zu erreichen. Solche Preisänderungen nach oben sind geradezu ein Anreiz für die beteiligten Kreise, immer neue Maßnahmen zu erfinden, um schließlich ihre Wünsche doch noch erfüllt zu sehen.

Kriegsfolgen. Die westlichen Nachbargebiete Berlins, Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf werden für das kommende Steuerjahr 170 Proz. Steuerzuschlag erheben. Bis vor kurzer Zeit betrug der Steuerzuschlag in diesen Städten 100 Proz. Die Erhöhung ist also eine ganz erhebliche und ist lediglich veranlaßt durch die Einwirkungen des Krieges. In den Nachbarstädten Berlins, die eine starke Arbeiterbevölkerung aufzuweisen haben, dürften die Zuschläge erheblich höher werden.

Die Einführung von Kartoffel- und Butterkarten steht auch in Görlich bevor. Es dürften dann Kartoffeln, Butter und Fett, worunter auch Margarine, Speiseöl und sämtliche Streichfette fallen, nur gegen Ausweise verkauft werden. Die auf den Kopf zu verteilende Menge richtet sich nach den Vorräten und wird vom Magistrat festgelegt. Bei Butter und Fett sind wöchentlich 200 Gramm für den Kopf der Bevölkerung in Aussicht genommen, für Kinder bis zu sechs Jahren die Hälfte. Für den Verkauf von Butter und Fett innerhalb des Stadtbezirks kommen nur Händler in Frage, die einen Erlaubnischein vom Magistrat haben. Die Speisekartoffeln, ebenso Butter und Fett, dürfen nur zur menschlichen Nahrung verwertet werden. Eine andere Verwertung ist strafbar.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Krieger, Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Waisenhaus.

Die Gesuche um Aufnahme in das Waisenhaus sind von den Müttern oder den Angehörigen der Kinder in Begleitung der letzteren am Fastnachmittag, dem 6. März, morg. 9 Uhr, im Waisenhaus anzubringen. (834) Taufschein, Zapschein und eines Schulzeugnis des Kindes sind dabei einzureichen. Die Vorherrschaft des Waisenhauses.

Schloßergeselle

für das Sattlerarbeit bei gutem Lohn in dauernde, selbständige Stellung gesucht. Anb. mit Zeugnisabschrift und Lebenslauf. (844) Perleberg.

Theodor Masberg.

Schiffverlehrung. In Oden aemdt. (841) Lübeck, Markt 44.

ein Lehrling.

in einem Kamin, welche auch etwas schneiden kann, sucht Stelle als Geselle. (845) Ranzstraße 78, I.

Deckanzeige.

Wegen Uebernahme Zeitung und Geschäft zu verhandeln. (847) Ranzstraße 44 a.

Neu! Neu!

Essig, Essigsprit etc. Tafelessig, Salzkruten. (848) W. Pätow.

Praktischer Wegweiser

W. Pätow. (849) W. Pätow.

W. Pätow

W. Pätow. (850) W. Pätow.

Carl Rhode

Carl Rhode. (851) W. Pätow.

W. Pätow

W. Pätow. (852) W. Pätow.

Ausschuss für Kriegshilfe.

Briketts Zentner 1.25 Mk. Westf. Hartkoks, gebrochen 1.80 ab Lager. ungebrochen 1.60. Karten sind zu entnehmen von jedermann mit einem Einkommen bis zu 3000 Mk. Dankwartsgrube 20, I. (842)

Bunte Kuh-Kümmel

per Liter um 20 A, feiner Tafel-Kümmel um 40 A per Liter. (853) Brennerei Bunte Kuh-Lübeck.

Kleingemacht. trocken. Sonnenholz

frei Haus à Satz 1.20 Mk. Kohlen, Koks, Briketts und sämtliche Brennstoffe liefert zu billigsten Tagespreisen. F. W. Tietz, Pelzerstrasse 24. Fernruf 1765. (854)

Betten-Duве

liert: bestens u. billigst. 837 Gr. Burgstr. 32. (855)

J. H. Pein

Am Markt 12. Breite Straße 64. Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren. Spezialhaus für Betten, Bettfedern u. Daunen, Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung. (856)

Der Teufelskreisel

am Sonntag, d. 27. d. Mts. im Saale des Herrn Lender. (857)

Carl Folkers

Möbelmagazin 25 Mariesgrube 25. Vollst. Wohnungseinrichtung. Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie. Zimmereinrichtung stets Lieferung frei Haus auf eigen. Möbelwagen. Teilzahlung gestattet. Bei Barzahlung Rabatt. Gabe rats Lübeck-Rabattmarken. (858)

Achtung! Schauerleute!

Versammlung am Montag, dem 28. Februar abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tagesordnung: Stellungnahme zur Einführung der Tag- und Nachtarbeit bei der Erzielung. Der Vorstand. (859)

Verband der Zimmerer

Versammlung am Montag, dem 28. Februar abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tagesordnung: 1. Die besten wir uns zu dem neuen Tarifvertrag und die Frage hierzu. 2. Sonstige Verhandlungseinheit. Wegen Besetzung der Tagesordnung wird nach jedes Verhandlungsbild verpflichtet fühlen, in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand. (860)

Verband der Zimmerer

Versammlung am Montag, dem 28. Februar abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tagesordnung: 1. Die besten wir uns zu dem neuen Tarifvertrag und die Frage hierzu. 2. Sonstige Verhandlungseinheit. Wegen Besetzung der Tagesordnung wird nach jedes Verhandlungsbild verpflichtet fühlen, in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand. (861)

Verein der Musikfreunde in Lübeck.

22. volkstümliches Konzert Mittwoch, den 1. März 1916 abends 8 Uhr im Kolosseum. Leitung: (831) Musikdirektor Carl Waack. Solist: Mathias Wagner (Oboe). Zur Aufführung kommen u. a.: Gluck-Motil: Ballettsuite. Ferling: Konzertstück für Oboe. Nicolai: Overture „Die lustigen Weiber“. Stenborg: Norweg. Rhapsodie. (862)

Seefahrer - Zuschnittsliste

(Kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit) früher eingeschriebene Hilfskasse Nr. 16. (863)

Generalversammlung

am Sonntag, dem 27. Februar 1916, nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Jürk, Engelsgrube 59. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Bericht des Vorstands. Wir machen auf §§ 2 u 26 besonders aufmerksam. Der Vorstand. (864)

Vorträge der Oberschulbehörde zu Lübeck

im Winterhalbjahr 1915-16. Professor Dr. phil. Ohnesorge: Die Voraussetzungen für eine Lösung Ukrainas von Russland. — 6 Vorträge. 1. Vortrag am 2. März: Politische Bedeutung des Charakters Russlands als eines Nationalitätenstaates. Das Problem der Ukraine. 2. Vortrag am 9. März: Landeskunde West-Ukrainas. (Mit Lichtbildern.) 3. Vortrag am 16. März: Landeskunde Ost-Ukrainas: Geologie, Morphologie, Klima u. Pflanzengeographie Ukrainas. (Mit Lichtbildern.) 4. Vortrag am 23. März: Einführung in die Anthropologie und die Sprachenfrage. Wirtschaftsgeographie Ukrainas. (Mit Lichtbildern.) 5. Vortrag am 30. März: Ethnographie u. Geschichte Ukrainas. 6. Vortrag am 6. April: Die politischen Bestrebungen Ukrainas. Die Vorträge finden in der Aula des Johanneums statt; sie beginnen um 8 1/2 Uhr abends. Eintrittskarten sind zu haben im Bureau der Oberschulbehörde, Glockengießerstr. 4, I, bei Rich. Quinzow, Breite Straße 97, Lübeck & Möhring, Breite Straße 31, Ernst Robert, Breite Straße 33, und an den Vortragenden im Johanneum. (865) Preis für die Vortragsreihe M. 1.50.

Stadttheater.

Sonabend, 26. Februar 1916: Anfang 8 Uhr: (866)

Hasemanns Töchter.

Lustspiel von A. L'Arronge. Sonntag, d. 27. Februar 1916: Nachm. 3 Uhr: (867)

Jeder Platz 50 Pfg. Volksvorstellung.

Die Jüdin von Toledo. (868)

Verein der Musikfreunde in Lübeck.

22. volkstümliches Konzert Mittwoch, den 1. März 1916 abends 8 Uhr im Kolosseum. Leitung: (831) Musikdirektor Carl Waack. Solist: Mathias Wagner (Oboe). Zur Aufführung kommen u. a.: Gluck-Motil: Ballettsuite. Ferling: Konzertstück für Oboe. Nicolai: Overture „Die lustigen Weiber“. Stenborg: Norweg. Rhapsodie. (869)

Wass-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trakt
Lübecker Vereins-Brau
Lübeck.
Lübeck-Brauerei
Lübeck.
Lübeck-Brauerei
Lübeck.
Lübeck-Brauerei
Lübeck.

W. Pätow
W. Pätow
W. Pätow
W. Pätow
Carl Rhode
Carl Rhode
W. Pätow
W. Pätow

Praktischer Wegweiser
A. Brade W.
Finkenberger Mühle
W. Pätow
W. Pätow
W. Pätow
W. Pätow
W. Pätow
W. Pätow

Bunte Kuh-Kümmel
Kümmel
Krummesser
Korn-Kümmel
W. Pätow
W. Pätow

Bienenfleiss
Karl Häuer & Co. Lübeck
W. Pätow
W. Pätow
W. Pätow
W. Pätow
W. Pätow
W. Pätow

das gute Lübecker Bürgerbräu
Mews Mühle, Mühlenfabrik
Rudolf Karstadt
Manufaktur, Schuhwaren
Adolf Bahr
L. V. Christian Kabl
Kaufhaus.
Gebr. Waechter
E. Dratz
E. Altes, Lübeck.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kämpfe im Orient.

Die Engländer vor den Dardanellen.

Das türkische Hauptquartier meldet vom Freitag: Am 23. Februar schlederten an den Dardanellen ein feindlicher Panzer und zwei Kreuzer, deren Feuer durch Beobachtungsflugzeuge geleitet wurde, erfolglos einige Granaten gegen die Küsten von Kilia und Salamutluk. Eines unserer Wasserflugzeuge trieb die feindlichen Flugzeuge in die Flucht. Ein anderes Linienkriegsschiff und ein Kreuzer schlederten ebenfalls erfolglos einige Geschosse gegen Seddul Bahz und Leke Burun. Sie zogen sich darauf zurück. Von den verschiedenen anderen Fronten ist keine Nachricht über wichtige Veränderungen eingetroffen.

Gefährliche Lage der Engländer in Aden?

Nach einem Bericht der „Köln. Volksztg.“ aus Kairo sind dort wiederum sehr beunruhigende Nachrichten aus Aden eingetroffen, nach denen sich die Engländer dort in harter Bedrängung und gefährlicher Lage befinden. Englische Offiziere bestätigen die schlimme Lage der Engländer. Infolgedessen wird in Suez eine Brigade aus australischen und indischen Truppen zusammengestellt, um unverzüglich nach Aden abzugehen. Aden wird gegenwärtig von der Landseite her von zahlreichen starken, gntausgerüsteten Araberstämmen belagert. Die Engländer werden nicht nur von außen, sondern auch in der Stadt selbst durch die eingekerkerten Bewohner bedrängt. Zahlreiche Anschläge auf hohe englische Militärpersonen sind vorgekommen. Bisher wurden in Aden über 1200 Spione als Attentäter durch die Engländer erschossen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Dänisch-französisches Handelsabkommen.

Die Verhandlungen des dänischen Industriekongresses und der Bereinigung dänischer Großindustrie mit der französischen Regierung haben zu dem Abschluß eines dänisch-französischen Handelsabkommens auf der Grundlage des dänisch-englischen Übereinkommens vom November 1915 geführt. Die genannten dänischen Korporationen gehen gegenüber der französischen Regierung eine Garantieerklärung ab, daß die von Frankreich einzuführenden Waren nicht nach Deutschland ausgeführt werden dürfen.

Steigende Frachttarife für Kohlen.

Der „Daily Telegraph“ legt, daß die Schiffstaxi für Kohlen im Steigen begriffen ist. Die Tonne nach Genoa, die auf 67½ Schilling gefallen war, beträgt jetzt 83 Schilling. Die Tonne nach Bordeaux, die auf 56 Schilling gefallen war, liegt wieder auf 77½ Schilling. Die Tonne nach Rouen liegt von 27 auf 32½ Schilling.

Italien konfisziert deutsche Waren.

Die Verwaltung der italienischen Eisenbahnen teilte den kaiserlichen Behörden mit, daß die italienischen Zollbehörden angeordnet worden sind, aus Deutschland kommende Waren, auch wenn sie auf kaiserlichen Bahnhöfen angesetzt wurden, zu konfiszieren.

Der japanisch-englische Postkonflikt.

Die „Südpazifik-Review“ meldet, daß jetzt vier Wochen keine Postverbindung zwischen England und Japan besteht. Die Postverwaltung hat erklärt, daß die japanischen Postbehörden jetzt, um den Schiffsverkehr mit China aus dem Weg zu gehen, die gesamte Postverbindung zwischen Japan und England unterbrochen haben. Die japanischen Behörden in Japan haben 2500 englische und 2000 japanische Posten zurückgehalten.

Zur Schließung deutscher Schiffe in Portugal.

Die Zahl der auf dem Tago ankommenden deutschen Schiffe, die mit Besatzung besetzt wurden, beträgt 28. Die Schiffsbesatzungen sind Entlassung der Schiffe verweigert, nach dem „Tempo“, eine portugiesische Zeitung, die eine portugiesische Zeitung in Lissabon zu befragen. Die Besatzungen wurden zurückgehalten, um die Schiffe in den Häfen zu halten. Die portugiesische Regierung hat erklärt, daß es sich nicht um einen Streit um die Schiffe handelt, sondern um eine einseitige inoffizielle Interzelle gelegene Maßnahme, die nach der portugiesischen Gesetze in Lissabon festgelegt wurde. Die portugiesische Regierung ist entschlossen, den Schiffsverkehr zwischen den Häfen zu verhindern.

Spezialvertrag mit Rumänien.

Die „Times“ melden aus Bukarest, daß die rumänischen Verbündeten des Entente-Kriegsbündnisses über die Versorgung Englands in der Bekämpfung der letzten amerikanischen Kriegsschiffe gegen das Schicksal der Handelsschiffe mit dem Tago und die Bekämpfung der letzten amerikanischen Kriegsschiffe im Tago. Die rumänische Regierung hat erklärt, daß es sich nicht um einen Streit um die Schiffe handelt, sondern um eine einseitige inoffizielle Interzelle gelegene Maßnahme, die nach der portugiesischen Gesetze in Lissabon festgelegt wurde. Die portugiesische Regierung ist entschlossen, den Schiffsverkehr zwischen den Häfen zu verhindern.

China und Japan.

Die Zeitung „Daily News“ in Tokio meldet, daß die japanische Regierung in Tokio die Verhandlungen über die Rückgabe der chinesischen Provinz Shantung an der Handlung der chinesischen Regierung ablehnt. Der japanische Kriegszug hat begonnen, daß die japanische Regierung die Rückgabe von Shantung ablehnt.



Die Front im Westen. 1) St. Dié - Gérardmer. Maßstabsmäßige Frontlinie. 0 5 10 km. W.T.B. 2580

„Karasi“ in von Yokohama nach Schanghai abgegangen. Infolge des gespannten Verhältnisses zwischen Japan und China ist an der Börse ein starkes Fallen aller Wertpapiere zu verzeichnen.

Niederlage chinesischer Aufständischer.

Ein bei der Berliner chinesischen Gesandtschaft eingetroffenes Telegramm aus Peking vom 21. Februar meldet folgendes: Die Truppen der Provinz Hunan wurden mit den aufständischen Kameraden von Suifu fest in der Stadt Kwei eingeschlossen. Verschiedene Aufstandsversuche scheiterten. Ein Vorstoß der Rebellen der Provinz Kweichow nach Chünning in der Provinz Szechuan endete mit einem Misserfolg. Sie wurden in der Schlacht am 18. Februar fertig geschlagen, sie wurden gezwungen, sich um 10 Meilen zurückzuziehen. Am 19. Februar wurden sie nach der Ankunft früherer Regierungstruppen aus Schünning erneut geschlagen und zogen sich nach Kweichow zurück.

Kundgebung zur Tabakbesteuerung.

Wie bereits durch die Presse angekündigt, beabsichtigt die Reichsregierung dem im März zusammenzutretenden Reichstag eine neue Tabaksteuerverordnung zu unterbreiten, nach welcher neben den 200 Millionen Mark, welche die Tabakindustrie bereits zu tragen hat, weitere 200 Millionen Mark aus ihr herausgeholt werden sollen. Es soll dieses in der Weise geschehen, daß eine schematische Erhöhung nach Art der bisherigen Tabakbesteuerung stattfindet. Demnach wird die Zigarettensteuer von 2 Pfennigen auf 4 Pfennige und die Zigarettensteuer von 1 Pfennig auf 2 Pfennige erhöht. Die Zigarettenindustrie ist eine Kriegsindustrie und bedarf der Förderung durch die Regierung.

Die drei Organisationen der Tabakarbeiter, Deutscher Tabakarbeiterverband, Zentralverband deutscher Tabakarbeiter und Tabakarbeiter (H.-D.) nahmen in einer zu Frankfurt a. M. abgehaltenen Konferenz Stellung zu den Tabaksteuerplänen und beklagten folgende Kundgebung: Demnach ist längerer Zeit Berichte einer künftigen Heranzugung der Tabakindustrie zu den Reichseinnahmen laut wurden, glaubten die deutschen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, die Reichsregierung werde sich ihnen, einer Industrie, die bereits so außerordentlich hoch belastet ist, weitere Opfer aufzuerlegen. Wenn auch der Krieg an die Finanzwirtschaft des Reiches angelegene Anforderungen gestellt hat und ferner noch stellen wird, so kann es nicht Aufgabe der Regierung und Gesetzgebung sein, die unheimlichen Lasten zusätzlich zu verheeren. Gerade ist nur die gleichmäßige Verteilung der Lasten auf alle Reichsangehörigen nach Einkommen und Vermögen. Wenn die Regierung beschließen sollte, diese Lasten nicht mehr zu verteilen, ist der Tabakindustrie eine weitere Belastung von mehreren hundert Millionen aufzubürden, so bedeutet das in Anbetracht der hohen Summen, welche die Tabakindustrie bereits zu leisten hat, eine starke Värmung dieser Industrie, was der sie sich kaum jemals wieder erholen kann. Nach dem im Jahre 1916, hat sich insbesondere die Zigarettenindustrie von der im Jahre 1915 befristeten Wertsteigerung nicht erholt. Die Regierung mag annehmen, wie bei früheren Belastungen auch, daß die kommende Belastung von den Konsumenten getragen wird, das trifft jedoch nicht vollständig zu, insbesondere nicht zur Zeit des Überganges. Nicht nur, daß die Tabakindustrie per Justierung größerer Kapitalien gezwungen ist, diese Kapitalien gleichfalls herauszugeben, sondern auch, wie bei anderen Steuermaßnahmen die Erhaltung der Produktion, der Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie ist, wie früher auch, die in höherem Bedrängnis gesetzt werden. Dabei ist die Arbeiterin der Tabakindustrie die höchst gefährdete unter der deutschen Arbeiterin überhaupt. Nach der räumlichen Verteilung der deutschen Arbeiterin ist die deutsche Tabakarbeiterin mit harter Arbeitslastigkeit zu kämpfen gezwungen, und ihre Organisationen haben erheblich höhere Chancen für Arbeitslosenversicherung als vor 1914, im ganzen und im Mittel, ausgeübt werden.

Insbesondere ist hervor zu heben, daß die Tabakarbeiterin, hauptsächlich infolge der hohen finanziellen Belastung, ihre niedrigen Arbeitslöhne, je nach es andere Arbeitergruppen vertragen, empfinden. Eine eventuelle Belastung würde nicht nur die Arbeiterin verschonen. Die Entlassungen werden, wenn die Belastung, wie in der Presse angekündigt, mehrere hundert Millionen betragen soll, zu Tausenden erfolgen. Das kann die Tabakindustrie nicht ohne großen Schaden nicht mehr ertragen. Ganz besonders ist hervor zu heben, daß die Belastung der Arbeiterin nach dem Übergang der Industrie in den Krieg, so daß große Unternehmen, in denen jetzt die Tabakindustrie fast vertreten ist, immer gefährdeter werden, wie auch außerhalb der Industrie in der Tabakindustrie hart verschont werden können. Die Tabakindustrie ist nach wie vor verschont.

Es ist unübersehbar zu lassen, daß nach Beendigung des Krieges der Tabakindustrie und vor allem ihrer Arbeiterin schwere Zeiten bevorstehen. Der Krieg und die damit verbundenen Steuererhöhungen haben zwar eine erhebliche Erhöhung der Reichseinnahmen gebracht, daß dies jedoch ungenügend sein wird.

daß sich selbst jetzt die Tabakindustrie in recht unsicheren Verhältnissen befindet. Nach dem Kriege wird ohne Zweifel der Konsum an Tabakfabrikaten, schon in Rücksicht auf die noch anhaltenden hohen Lebensmittelpreise, eine erhebliche Einschränkung erfahren, so daß auch ohne Steuererhöhung ein starker Rückschlag einzutreten wird, dessen erste Folgen Arbeiterentlassungen sein müssen. Dabei kommt in Betracht, daß während der Kriegszeit viele Tausende Arbeiterinnen, vor allem aus der Bekleidungsindustrie, zu angelehrt worden sind, außerdem lehren Zehntausende Tabakarbeiter aus dem Heeresdienst zurück. Drückt dann noch eine solche ungeheure Steuererhöhung, wie sie geplant ist, auf den Konsum und damit auf die Tabakindustrie, so läßt sich ermaßen, wie groß das Elend ist, das den Tabakarbeitern in Aussicht steht. Nicht unerheblich ist, daß die Tabakarbeiter als Staatsbürger sowieso zu den Lasten, die der Krieg bringt, herangezogen werden, also demnach doppelt und viel schwerer als alle übrigen Staatsbürger unter den Folgen des Krieges leiden sollen.

Aus allen diesen Erwägungen heraus weiß sich die Konferenz eins mit der gesamten deutschen Tabakarbeiterin, wenn sie gegen jede weitere Belastung der deutschen Tabakindustrie den ernstesten Protest erhebt und an Regierung und Reichstag das Ersuchen stellt, von jeder weiteren Belastung der Tabakindustrie abzusehen.

Sollten sich dennoch Regierung und Reichstag zu einer weiteren Belastung der Tabakindustrie entschließen, so ist die deutsche Tabakarbeiterin voraus, daß eine Form gewählt wird, welche am wenigsten geeignet ist, die Industrie, insbesondere die Arbeiterin zu schädigen; als solche kann die schematische Erhöhung der Zigarettensteuer, des Zolles, der Zigarettensteuer, wie auch die Einführung der „Kriegsmarke“ für Zigaretten nicht angesehen werden.

Die deutsche Tabakarbeiterin ist weiter voraus, daß Regierung und Reichstag, die durch eine etwaige weitere Belastung der Tabakindustrie arbeitslos geworden sind in Not geratenen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen entschädigen werden, wie sie auch anderen, durch den Krieg geschädigten Teilen der Bevölkerung ihre Fürsorge zugewandt haben.

Aus Nah und Fern.

Wer verteuert das Schlachtvieh? Die Messgerinnung in Marktreduktion magel in folgender Bekanntmachung: Nr. 40 des „Marktreduktioner Tagblattes“ den Bucher mit Schlachtvieh ist:

„Zur Aufklärung über die derzeitigen hohen Fleischpreise ist dem verehrlichen Publikum von Marktreduktion und Umgebung folgender Vorkall aus dem nahen Welsau beispielsweise vor Augen geführt:

Ein Landwirt, der mehr Viehhändler als Landwirt ist, hatte vier Schlachtochen um 4500 Mk. eingekauft, und hatte dieselben noch keine 14 Tage in Ställe, als er von hiesigen Geschäftsleuten 3200 Mk. verlangte und zwei Tage später vom Einfuhrer für die Heresverwaltung 3300 Mk. forderte. Zu diesem Preise wäre das Fünf Ochsenfleisch auf 1,90 bis 2 Mk. gekommen, und wurde der Kauf für die hiesigen Geschäftsleute natürlich unmöglich.

Die Messgerinnung von Marktreduktion und Umgebung. Triß Dannhorn.

Wo finden die Kartoffeln? Auf die Ursachen der Kartoffelknappheit wirft ein Bericht über eine Sitzung des Bezirksausschusses für die Amtshauptmannschaft Reichen einen bezeichnenden Licht. Der Bezirk konnte in Friedenszeiten große Mengen Kartoffeln ausführen, leidet aber jetzt wie viele andere in Sachen an Kartoffelmangel. In betreffender Sitzung wurde nun mitgeteilt, daß trotz Gemehrung von Zuschüssen in Höhe von 1,25 Mk. pro Zentner, nur 6000 Zentner statt der erforderlichen 16000 Zentner aufzutreiben waren. Bei der Amtshauptmannschaft sei eine Ernte von circa 140000 Zentner angemeldet worden, die Landwirte hätten aber bis Ende Januar nur 205000 Zentner abgegeben. Der Amtshauptmann v. Der teilte mit, daß sich einzelne Landwirte unter allerlei Gründen weigerten, auch nur 10 Prozent ihrer Ernte abzugeben. Demontiert Steiger aus Lößnitz, der früher schon Kartoffeln herauszugeben, führte aus, daß die Kartoffeln wohl wieder wie im Vorjahre im Monat Mai zum Vorschein kommen würden.

Verlustlisten.

- Erschienen sind:
- Preussische Verlustliste Nr. 464.
- Bairische Verlustliste Nr. 349.
- Sächsische Verlustliste Nr. 256.
- Österreichische Verlustliste Nr. 66.

Verantwortlicher Redaktor: Johannes Stellung. Verlag: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., Schmied in Lößnitz.